

NEWSLETTER

Gudrun Pieper MdL
Dr. Karl-Ludwig von Danwitz MdL

Inhalt

Neuigkeiten..... Seite 1
Aus dem Plenum..... Seite 2-4
Aus dem Europaausschuss.....Seite 5
Unterwegs..... Seite 6



Liebe Leserinnen, liebe Leser,

durch die Corona-Pandemie sind viele Gesetzgebungsverfahren, sowie Entschließungsanträge erst jetzt abschließend beraten worden. Insofern haben wir Ihnen vor den Sommerferien viel zu berichten. Wir hoffen, dass Ihnen die Auswahl der Themen einen guten Überblick unserer Arbeit in Hannover verschaffen.

In unserer Sondersitzung am 15. Juli werden wir noch unseren Nachtragshaushalt in Höhe von rund 8,4 Mrd. € beschließen. Eine gigantische Summe, die wir beispielsweise mit einem Sonderprogramm Wiederaufbau für Firmen im gastronomischen und touristischen Bereich oder zur Unterstützung von kleinen und mittelständischen Unternehmen verwenden wollen. Natürlich auch zur Förderung von Start-ups, Vereinen und Verbänden, unseren Kommunen und auch im bildungs- und medizinischen Bereich uvm. Sie alle brauchen unsere Hilfe. Danach gehen wir in die Sommerpause.

Wir wünschen Ihnen viel Spaß beim Lesen und vor allen Dingen eine entspannte und erholsame Sommerzeit.

Bleiben Sie gesund und denken immer daran: Die Pandemie ist noch nicht vorbei, wir sind weiterhin mittendrin. Halten Sie bei allen Aktivitäten Abstand und beachten Sie die Hygieneregeln.

Eine schöne Zeit und herzliche Grüße
Ihre Landtagsabgeordneten


Dr. Karl-Ludwig von Danwitz


Gudrun Pieper

Null Toleranz bei Bekämpfung der Clankriminalität

„Es ist an der Zeit, hart durchzugreifen und null Toleranz bei der Bekämpfung der Clankriminalität zu zeigen. Wer sich durch Clanstrukturen klar jenseits unserer Gesellschaft positioniert, der darf in Deutschland keine gute Zukunft haben“, erklärte unser justizpolitischer Sprecher Christian Calderone, zur Einbringung des Antrags „Kriminelle Familienclans in Niedersachsen konsequent bekämpfen“.

Wir wissen, dass Clankriminalität nicht nur ein Phänomen großer Städte ist, sondern es auch im ländlichen Raum Clanfamilien und Clanstrukturen gibt. Und dort, in den Kommunen, beginnt die Bekämpfung der Clankriminalität. Es fängt mit der Ahndung eines Falschparkers, bei der Überprüfung von Schadstoff-Grenzwerten einer Shisha-Bar oder bei der Verfolgung illegaler Autorennen an. Wir im Heidekreis haben diesbezüglich bereits gute Erfahrungen mit unserem ‚Räderwerk‘, indem alle Institutionen wie Kommunen, Polizei, Finanzbehörden und Banken höchst professionell zusammenarbeiten.


Mit unserem Entschließungsantrag machen wir deutlich, dass der Verfolgungsdruck auf die Clans zunehmen wird: Ahndung von Ordnungswidrigkeiten, Verfolgung von Kleinkriminalität, Verfolgung des Sozialleistungsmissbrauchs, Verschärfungen der Vermögensabschöpfung, neue

Straftatbestände, gezielte Aufenthaltsbeendigung sind die Mittel, mit denen wir gegen die Clans vorgehen werden.

„Vorfälle wie die Bedrohung einer Polizistin in Peine werden wir nicht dulden. Ein Angriff auf Polizisten ist ein Angriff auf uns alle. Die Clans fordern den Rechtsstaat heraus und diese Clans müssen mit allen rechtsstaatlichen Mitteln bekämpft werden“, ergänzt unser Abgeordneter Christoph Plett.

Die Handlungsoptionen gegen kriminelle Clans müssen ausgenutzt werden. Dazu zählt zum Beispiel Paragraf 13 des Niedersächsischen Polizeigesetzes: „Orte, an denen Clankriminalität stattfindet bzw. an denen Clanstrukturen erkennbar sind, müssen zu gefährlichen Orten erklärt werden, Videoüberwachung zur Prävention und zur Aufklärung muss verstärkt eingesetzt werden“, so Plett weiter. Anlasslose Kontrollen können ebenso zur Zurückdrängung der Clankriminalität führen und seien daher verstärkt anzuwenden.“

All das praktizieren wir bereits in unserem Heidekreis und freuen uns, dass das jetzt auch für das ganze Land Niedersachsen gilt.


Dr. Karl-Ludwig von Danwitz



Herausgeber:

Gudrun Pieper MdL	Dr. Karl-Ludwig von Danwitz MdL
Hauptstraße 9	Poststraße 11
29690 Schwarmstedt	29640 Schneverdingen
Tel.: (05071) 800 25	Tel.: (0172) 48 21 40 6
info@gudrunpieper.de	info@von-danwitz.com



Aus dem Plenum

Strafrecht verschärfen, Kindesmissbrauch ist ein Verbrechen

„Die schweren Fälle von Kindesmissbrauch in der letzten Zeit, egal ob in Lügde/Hamel-Pyrmont, in Münster oder jetzt in Bergisch-Gladbach, zeigen, dass wir bei diesem schrecklichen Thema sehr scharf hinsehen müssen. Die Täter müssen wissen, dass wir sie finden und bestrafen werden. Kindesmissbrauch ist ein Verbrechen und muss auch so bestraft werden. Daher wollen wir eine Verschärfung des Strafrechts an dieser Stelle“, erklärte unser stellvertretender Fraktionsvorsitzende Uwe Schünemann in der aktuellen Stunde zum Thema Kindesmissbrauch. Insgesamt wollen wir die Mindeststrafe für Verbreitung, Erwerb und Besitz von kinderpornografischem Material auf ein Jahr und die maximale Höchststrafe für Kindesmissbrauch auf 10 Jahre anheben. Ebenso die Mitwisserschaft von Kindesmissbrauch muss unter Strafe gestellt werden.

Wir als CDU-Fraktion fordern, dass deutsche Internet-Provider künftig verpflichtet

werden, Verdachtsfälle von Kindesmissbrauch zu melden. Darüber hinaus fordern wir eine IP-Vorratsdatenspeicherung: „Allein 2017 konnten laut Angaben des BKA 8400 Verdachtsfälle nicht aufgeklärt werden, weil die IP-Adressen und Portnummern bereits gelöscht waren. Die Ermittlungsbehörden dürfen zukünftig bei der Täterermittlung nicht mehr ins Leere greifen, weil die Gesetzeslage nicht passt“, so Schünemann.

Die Streichung des Straftatbestandes des Kindesmissbrauchs aus dem Führungszeugnis muss ebenfalls unterbleiben, damit Täter nicht Berufe ausüben können, in denen sie Kontakt zu Kindern haben. Das wollen, nein, müssen wir größtmöglich verhindern. Natürlich gehört dazu, dass nicht nur Gesetzesverschärfungen erfolgen, sondern generell müssen wir auch alle Möglichkeiten der Tatausführung erschweren.

Gudrun Pieper

Missbrauch von Werkverträgen in der Fleischindustrie

Das Thema verarbeitende Fleischindustrie beschäftigt uns bereits seit gut 10 Jahren. Diesen Zustand müssen wir rechtssicher beenden und endlich zu Festanstellungen und einer menschenwürdigen Unterbringung der Beschäftigten in der Fleischbranche kommen“, so unser wirtschaftspolitische Sprecher Karl-Heinz Bley während der Debatte. Wir als CDU-Fraktion stehen geschlossen hinter dem 10-Punkte-Plan der zuständigen Minister Wirtschaftsmminister Dr. Bernd Althusmann und Landwirtschaftsministerin Barbara Otte-Kienast aus Niedersachsen und Nordrhein-Westfalen.

Wir warnen jedoch davor, die kleinen und regionalen Schlachthöfe für das Fehlverhalten der großen Industriebetriebe in Sippenhaft zu nehmen und reguläre Beschäftigung, beispielsweise durch Leih- und Zeitarbeit, in Misskredit zu bringen.

Wir unterstützen das Verbot von Werkverträgen in der Fleischindustrie, fordern jedoch auch vom Bund eine verfassungskonforme Lösung zu finden. Das, was erneut an Mächtigkeiten in den großen Schlachtkonzernen bekannt geworden ist, können wir nur als Missbrauch bezeichnen. Zur Wahrheit gehört aber auch, dass es in vielen Branchen ein unproblematisches Instrument ist, Werkverträge abzuschließen. Sie dienen der Abarbeitung von Spitzen, aber nicht zum dauerhaften Missbrauch und Ausbeutung von Arbeitnehmer*innen.

Gudrun Pieper

Schreiben, Lesen und Rechnen als Grundkompetenzen in der Grundschule stärken

CDU und SPD verfolgen mit Ihrem Entschließungsantrag das Ziel, dass alle Schülerinnen und Schüler am Ende der vierten Klasse über die grundlegenden Mindestkenntnisse in Mathematik und Deutsch verfügen.

Frühe Defizite sind an den weiterführenden Schulen oft schwer aufzuholen und ziehen sich dann durch die ganze Schullaufbahn bis in das Berufsleben.

Das richtige Erlernen der Grundkompetenzen Rechnen, Lesen und Schreiben muss daher stärker in den Fokus gerückt werden. Insofern fordern wir die Entwicklung eines Maßnahmenkatalogs, um die Vermittlung der Lernkompetenzen Lesen, Rechnen und Schreiben in der Grundschule zu stärken.

„Schreiben nach Gehör“ ist als Lernmethode gescheitert und muss abgeschafft werden, um letztendlich die Rechtschreibung und Lesekompetenz zu stärken.

Ein entsprechendes neues zeitgemäßes Lesekonzept soll die schulische Leseförderung unterstützen. Ebenso benötigen die Lehrkräfte im Fach Mathematik Unterstützung durch neue Materialbände für den Unterricht. Auch hier werden wir die entsprechenden Voraussetzungen schaffen.

Dr. Karl-Ludwig von Danwitz



Aus dem Plenum

Kostenfallen bei Mobilfunkverträgen schließen – Verbraucherrechte stärken

Durch Statistikauswertungen des Verbandes für Telekommunikation und Mehrwertdienste konnte festgestellt werden, dass Mobilfunkanbieter bei der Vertragslaufzeit aus versteckten Kosten Kapital schlagen. „Das ist zutiefst verbraucherfeindlich und hier sehen wir dringenden Handlungsbedarf des Gesetzgebers auf Bundesebene“, erklärte unsere Verbraucherschutzpolitische Sprecherin der CDU-Landtagsfraktion Veronika Koch in der abschließenden Beratung.

Die beiden Regierungsfractionen von CDU und SPD haben bereits im Oktober den Entschließungsantrag „Verbraucherschutz für Smartphone-Nutzer verbessern - Kostenfallen in Mobilfunkverträgen ein Ende setzen“ eingebracht. Trotz oder gerade wegen der Erfahrungen mit dem Shutdown zur Corona-Pandemie wollen wir hiermit einen entscheidenden Beitrag leisten, bestehende Kostenfallen bei Mobilfunkverträgen zu schließen und somit die wirtschaftlichen Sicherheiten und digitalen Nutzungsmöglichkeiten von Verbraucherinnen und Verbrauchern in unserem Land stärker zu schützen.

„Durch die heutige Entscheidung sollen unter anderem automatische Vertragsverlängerungen von Mobilfunk- und Festnetzverträgen auf maximal drei Monate festgesetzt werden, vertragliche Mindestleistungen müssen, wie die angepriesene Maximalgeschwindigkeit in den Mobilfunkverträgen, auch vertraglich zugesichert werden und es müssen Entschädigungen sowie weitere Verbraucherrechte gesetzlich festgelegt werden“, so Koch.

Auch soll es ein gesetzliches Sonderkündigungsrecht für Verbraucherinnen und Verbraucher geben, wenn in einem Wohnbereich eine deutlich bessere Netzabdeckung bzw. Übertragungsgeschwindigkeit durch den Mobilfunkanbieter realisiert werden kann. Natürlich schätzen wir grundsätzlich die Vertragsfreiheit in der Gesetzgebung in der Bundesrepublik Deutschland. Aber es ist zum Schutz unserer Verbraucherinnen und Verbraucher eben geboten, hier einzugreifen. Mit diesen Maßnahmen können Kostenfallen unterbunden und der Schutz der Verbraucherinnen und Verbraucher signifikant verbessert werden.

Neuer Schwung für Tourismus, Gastronomie und Freizeitgewerbe

Vor dem Hintergrund der besonderen Belastung der Tourismus-, Gastronomie- und Freizeitwirtschaft in der Corona-Krise wollen die Regierungsfractionen von CDU und SPD bereits jetzt die Vorkehrungen dafür treffen, während und nach der Pandemie neuen Schwung in die niedersächsischen Urlaubsregionen zu bringen. „Gebeutel sind neben den Betrieben und den dort Beschäftigten in unserem Land vor allem auch die vielen Busunternehmer, Eventtechniker, Schausteller, Zeltverleiher, Thekenkräfte, Musikgruppen und andere, die mit dem Spaß der Anderen ihren Lebensunterhalt bestreiten“, begründet unser tourismuspolitischer Sprecher Axel Miesner, die Initiative der Koalition. „Wir übernehmen Verantwortung – für die Gesundheit der Menschen und für das Überleben unserer wichtigsten Wirtschaftszweige.“

Neben den 120 Millionen Euro, die Wirtschaftsminister Bernd Althusmann im noch zu beschließenden Nachtragshaushalt für die leidende Tourismuswirtschaft bereitstellen wird, wollen CDU und SPD unter anderem ein Investitionsprogramm für die touristische Infrastruktur auflegen, eine Marketingstrategie zur Revitalisierung der Branche entwickeln und sich beim Bund für Zuschüsse aus den Corona-Finanzhilfen auch für die oben genannten und weitere betroffene Berufsgruppen einsetzen. Darüber hinaus planen wir, den Kommunen zu ermöglichen, öffentliche Verkehrsflächen zum Zwecke der Außenbewirtschaftung dann freigeben zu können, wenn die Verkehrssicherheit dadurch nicht beeinträchtigt wird. Wir wollen, dass die gastronomischen Betriebe unter Einhaltung der Abstands- und Hygieneregeln wieder voll ausgelastet sind und auch eine Perspektive für die Zukunft haben.

Gudrun Pieper

Der Wolf gehört ins Jagdrecht – Aufnahme bei der anstehenden Novelle

In unserer Fraktionssitzung haben wir als CDU-Landtagsfraktion beschlossen, dass der Wolf bei der anstehenden Novelle des Jagdrechts im Jahre 2021 in dieses aufgenommen wird. Wir wollen Klarheit schaffen. Der Wolf gehört ins Jagdrecht und die Diskussion, ob und warum muss beendet werden. Die Nutztierhalter, wie zuletzt auch unsere niedersächsischen Pferdebesitzer, haben für das Hin und Her in der öffentlichen Diskussion kein Verständnis mehr und wir müssen handeln.

„Mit der Aufnahme in das Jagdrecht wollen wir die Voraussetzungen schaffen, dass Wölfe, die auffällig sind, zügig entnommen

werden können. Dazu muss sich allerdings die Bundesumweltministerin Schulze endlich bewegen und dafür sorgen, dass der günstige Erhaltungszustand der Wolfspopulation, der längst erreicht ist, offiziell anerkannt wird“, so unser umweltpolitische Sprecher Martin Bäumer. Mittelfristig fordern wir daher eine Obergrenze für die Wolfspopulation, wie sie zum Beispiel in Frankreich existiert. Wir wissen, der Weg ist noch lang, doch wir wollen mit unserer Initiative dazu beitragen, dass wir vorbereitet sind und bei den entsprechenden Gesetzes- und FFH-Änderungen umgehend agieren können.



Aus dem Plenum

Der Wald ist unsere Wichtigste und größte Kohlenstoffsенke

Ein Viertel der niedersächsischen Landesfläche ist bewaldet, und kaum ein anderer Landschaftsraum hat eine solche Bandbreite an Funktionen zu bieten. Besonders herausragend ist die Bedeutung des Waldes für den Klima- und Umweltschutz und somit unsere größte und wichtigste Kohlenstoffsенke.

Gleichzeitig ist aber der Wald durch den Klimawandel auch akut belastet. Klimaveränderungen sind schon heute deutlich spürbar. Für den Wald sind diese Veränderungen eine große Herausforderung und die Wälder in Niedersachsen haben in den letzten Jahren massiv unter Stürmen und Dürre gelitten. Hinzu kommt der Borkenkäfer, der in Bäumen unter Trockenstress und im Bruchholz ideale Bedingungen vorfindet und deswegen zur Plage geworden ist.

„Den Wald zu schützen, ihn an den Klimawandel anzupassen und als Kohlenstoffsенke zu erhalten ist eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe.“

Die Leistung der Waldbesitzer, und gerade der privaten Waldbesitzer, darf deshalb nicht einfach nur abgegolten werden, sondern wir müssen Anreize und Rahmenbedingungen dafür schaffen, dass die Wälder erhalten und weiter ausgebaut werden können“, so unser Landtagsabgeordnete Uwe Dohrendorf während der Debatte.

Der beschlossene Entschließungsantrag der Regierungsfractionen beinhaltet dazu drei Bausteine: die finanzielle Förderung, die nichtmonetäre Förderung der Forstwirtschaft, und die Förderung von Beschäftigung, Ausbildung und Know-How.

Wir haben diese Maßnahmen mit dem Ziel auf den Weg gebracht, um die gesellschaftlichen, die ökologischen und die ökonomischen Zielsetzungen in der Forstwirtschaft in Einklang zu bringen – ganz im Sinne des Niedersächsischen Wegs“, so Dohrendorf abschließend.

Wettbewerbsnachteil für Zuckererzeugung beenden

Zu Niedersachsen gehört zweifelsohne eine funktionierende Zuckererzeugung als Teil einer kompletten Wertschöpfungskette. Aber diese für Niedersachsen so wichtige Wertschöpfungskette Zucker steht in mehrfacher Hinsicht erheblich unter Druck bis hin zur realen Gefahr, sie zu verlieren“, so der Abgeordnete Marco Mohrmann in der Debatte im Landtag.

Zusätzlich zum Wettbewerb am Markt steht die niedersächsische Zuckerproduktion noch durch Wettbewerbsverzerrung innerhalb der EU unter Druck. Hier ist das Verbot der Saatgutbeizung mit sogenannten Neonicotinoiden zu nennen. Deutschland hält sich daran. In rund 20 anderen Ländern der EU gibt es aber nach wie vor Ausnahmegenehmigungen, ebenso leisten mehrere EU-Länder nach wie vor produktionsgekoppelte Prämienzahlungen, sehr zum Nachteil deutscher Landwirte. Wir Abgeordnete der Parlamentariergruppe Nordostniedersachsen haben während des Besuchs in der Zuckerfabrik Uelzen mit den Experten zu diesem Thema diskutiert und

kamen zu dem Ergebnis, dass nicht nur die Zuckerrwirtschaft der gesamten EU einen Würde, wenn der Wettbewerbsnachteil gegenüber fast allen anderen wichtigen Agrarländern dieser Welt in Bezug auf die Nutzung züchterischer Möglichkeiten aufgelöst würde. Denn der derzeitige Umstand, dass Pflanzen, die mit der Gentechnik bearbeitet wurden und nach dem 2018er EuGH-Urteil unter die Gentechnik-Gesetze fällt, ist schlicht fachlicher Unsinn.

Dieser Standpunkt, inzwischen auch durch eine Gruppe wissenschaftsaffiner Mitglieder der Grünen getragen, gibt Hoffnung auf einen gesellschaftspolitischen und parteiübergreifenden Konsens.

Die CDU-Fraktion unterstützt jedwede Initiative, die den Wissenschafts- und Technologiestandort Niedersachsen fördert. Besonders die, die es den Züchtern ermöglicht, von Technologiesprüngen zu profitieren und die Landwirtschaft nachhaltiger zu machen.

Niedersachsen setzt auf grünen Wasserstoff

Niedersachsen erhöht die Schlagzahl bei der Energiewende und will Power-to-Gas (PtG) – die Produktion von synthetischem Methan und Wasserstoff aus regenerativem Strom – zur dritten Säule neben Photovoltaik und Windkraft ausbauen. Eine für Verbraucher und Unternehmen bezahlbare Energiewende ist von überragender wirtschaftlicher und sozialer Bedeutung. Mit Power-to-Gas können wir regenerativen Strom auch für längere Zeit speichern und mittels eines Elektrolyseverfahrens in grünen Wasserstoff umwandeln. Diese Sektorenkopplung würde die Energiewende noch einmal deutlich beschleunigen. In einem gemeinsamen Entschließungsantrag fordert unser umweltpolitischer Sprecher Axel Miesner die Landesregierung nun auf, im Bundesrat auf den Abbau regulatorischer und pekuniärer Hemmnisse in der Energiegesetzgebung hinzuwirken.

„Wir in Niedersachsen haben den Windstrom dort, wo er direkt über die Elektrolyse in Wasserstoff umgewandelt und eingesetzt werden kann. Wir haben die Wissenschaft dort, wo sie praxisnah in Reallaboren mit der Wirtschaft forschen und entwickeln kann. Und wir haben die Gasleitungen dort, wo Wasserstoff aufgenommen und transportiert werden kann“, stellt Miesner die besondere Eignung und die bisher geleisteten Vorbereitungen des Landes beim Ausbau der PtG-Technologie heraus.

Entscheidend für einen Erfolg von Power-to-Gas ist der weitere Ausbau der Windkraft in Niedersachsen. In Norddeutschland sollen in den nächsten fünf Jahren mindestens 500 Megawatt und bis 2030 fünf Gigawatt Elektrolyseleistung zur Erzeugung von grünem Wasserstoff installiert sein. Das schaffen wir über den aktuell ungenutzten Strom, aber auch über Windkraftanlagen an Land und in der Nord- und Ostsee.

Gudrun Pieper



Aus dem Europaausschuss

EU-geförderte Hochleistungsrechner ermittelt mögliches COVID-19-Medikament

Die KOM teilte am 19.6. mit, dass das bereits für die Osteoporose-Therapie zugelassene Generikum „Raloxifene“ zur Behandlung von COVID-19 bei schwachen Symptomen geeignet sein könnte. Dies ist das Ergebnis eines europaweiten Forschungskonsortiums mit 18 Partnern und weiteren 15 assoziierten Mitgliedern (Hochleistungsrechenzentren in Italien, Spanien und Deutschland sowie große Forschungszentren, Pharmaunternehmen und biologische Institute aus ganz Europa). Die Forscher nutzen eine aus den Mitteln des EU-Forschungsrahmenprogramms „Horizon 2020“ finanziell unterstützte Supercomputing-Plattform, um den Einfluss bekannter Moleküle auf das Coronavirus zu untersuchen. Die Plattform verfügt über eine Rechenleistung von rund 120 Petaflops und ermöglicht so die schnelle Erforschung des Verhaltens einer großen Anzahl von Molekülen, um eine wirksame Behandlung gegen das Corona-Virus zu finden. Dem Konsortium stehen hierfür EU-Mittel in Höhe von 3 Mio. EUR zur Verfügung.

Aus Deutschland sind an dem Konsortium das Fraunhofer-Institut für Molekularbiologie und Angewandte Ökologie in Aachen

und Schmallenberg, das Forschungszentrum Jülich und das Center for Free-Electron Laser Science in Hamburg beteiligt. Das Forschungskonsortium hat mit seinen Supercomputern bereits 400.000 Moleküle virtuell getestet. Hiervon wurden 7.000 erfolgversprechende Moleküle ausgewählt und „in vitro“ weiter analysiert. In diesen Tests erwies sich Raloxifen als vielversprechend: Dem Projektteam zufolge könnte das Mittel die Replikation des Virus in Zellen wirksam blockieren und somit das Fortschreiten der Krankheit stoppen. Forscher weisen auf die Vorteile des bereits bekannten und eingesetzten Mittels hin: hohe Verträglichkeit bei Patienten, Sicherheit und ein etabliertes toxikologisches Profil. Nächster Schritt sind nun Gespräche mit der Europäischen Arzneimittel-Agentur (EMA) über die schnelle Durchführung klinischer Tests. In der nächsten Projektphase wird das Forschungsprojekt seine Arbeiten auf eine noch größere Bibliothek mit 5 Millionen Molekülen (von den insgesamt 500 Milliarden dort gespeicherten Molekülen) ausweiten.

Corona-Warn-Apps sollen grenzüberschreitend funktionieren

Nationale Corona-Warn-Apps sollen auch auf Reisen in ein anderes EU-Land funktionsfähig bleiben. Damit das klappt, haben sich die EU-Mitgliedstaaten mit Unterstützung der EU-Kommission im sogenannten eHealth-Netzwerk auf eine Reihe technischer Spezifikationen geeinigt. Damit können Informationen zwischen nationalen Kontaktnachverfolgungs-Apps mit einem dezentralen Ansatz sicher ausgetauscht werden. Eine dezentrale Architektur bedeutet, dass die zufällig erzeugten Kennungen von Nutzern, die sich eine bestimmte Zeit lang in der Nähe zueinander aufgehalten haben, nur in dem betreffenden Handy gespeichert und auch nur von diesem Handy mit den Kennungen jener Nutzer abgeglichen werden, bei denen eine Infizierung bestätigt wurde. Derzeit gibt es neben Deutschland fünf weitere Mitgliedstaaten, die bereits eine dezentrale Warn-App auf den Weg gebracht haben. Weitere elf Mitgliedstaaten planen, diese demnächst einzuführen. Darüber hinaus soll mittelfristig auch die die In-teroperabilität auf Nachverfolgungs-Apps ausgeweitet werden, die sich auf eine zentrale Architektur stützen.

Überprüfung der Klärschlammrichtlinie

Die EU-Kommission hat am 16.06. eine Konsultation zur Überprüfung der Richtlinie über die Verwendung von Klärschlamm in der Landwirtschaft online gestellt. Die vor 30 Jahren verabschiedete Richtlinie zum Schutz der Umwelt und der Böden entspricht nicht mehr den aktuellen Bedürfnissen und Erwartungen, wie z.B. die ordnungsgemäße Regulierung von Schadstoffen, die in Schlämmen gefunden werden wie Pharmazeutika und Mikroplastik. Mit dem Fitness Check wird die Wirksamkeit der Richtlinie bewertet und die Risiken und Chancen im Zusammenhang mit dem Klärschlammmanagement in der Landwirtschaft analysiert. Die strukturierte Befragung läuft noch bis zum 25.08.

Rat will finanzielle Ermittlungen stärken

Der Rat hat sich darauf verständigt, finanzielle Ermittlungen stärken zu wollen, um künftig noch effektiver gegen organisierte Kriminalität vorzugehen. Konkret soll u.a. geprüft werden, wie die Rechtsrahmen zur Einfrierung von Vermögenswerten und zur Interkonnektivität nationaler zentraler Bankenregister verbessert werden können. Auch der Informationsaustausch zwischen finanziellen Ermittlungseinheiten soll in den Blick genommen werden. Wichtig sei bei alledem die Zusammenarbeit zwischen den Mitgliedstaaten. In diesem Zusammenhang wird auch Europol dazu aufgerufen, das volle Potenzial des neu gegründeten European Financial and Economic Crime Center auszuschöpfen. Der Rat verabschiedete zu dem Thema auch Schlussfolgerungen.

Gudrun Pieper





Forderung nach Schutz vor dem Wolf

Nach dem Riss von drei Pferden durch das Rodewalder Wolfsrudel, organisierte mein Landtagskollege und wolfspolitischer Sprecher Dr. Frank Schmädke ein Treffen mit Vertreterinnen und Vertretern der Pferdesport- und Zuchtverbände aus den Landkreisen Heidekreis und Nienburg.

Dass dies keine Einzelfälle sind, steht außer Frage. Unsere Forderung lautet daher: Der Wolf muss ins Jagdrecht. Er ist genauso wenig bedroht wie andere Tierarten, die ebenfalls bejagt werden, wenn ihre Zahl überhandnimmt. Es muss möglich sein, so wie im Fall des Rodewalder Rudels, gezielt einzugreifen, wenn es Probleme gibt. Hier ist die Politik gefordert, um durch eine Bundesratsinitiative das Bundesnaturschutzgesetz so zu ändern, dass das Land mit seinen Maßnahmen durchdringt.

Digitalisierung beim Homeschooling genutzt



Ich habe mir an der Grundschule Bothmer ein Bild von der aktuellen Situation gemacht, denn die Corona-Pandemie stellt unsere Bildungseinrichtungen vor große Herausforderungen. Schulleiterin Christina Feldmann zeigte mir den Schulalltag in Corona-Zeiten. Mit schul-eigenen Tablets und digitalen Wochenplänen nutzt die Schule die Vorteile der Digitalisierung optimal.

Café am Dorfteich in Schneverdingen

Zu Besuch bei Familie Heinecker im Café am Dorfteich. Gute Gespräche über vielfältige Themen, von der Situation in der Gastronomie, Hygienekonzepte, Homeschooling bis hin zum Dienst am Corona-Bürgertelefon.



Unterstützung für Friseurbetriebe



Eine neue Frisur, aber natürlich mit Mund-Nasen Schutz! Das läuft inzwischen wirklich routinemäßig ab hatte ich den Eindruck. Mit Yalcin Sacik von "Cut and Color" in Soltau habe ich außerdem über Zukunft des Ausbildungsberufes Friseur gesprochen. Viele Ausbildungsbetriebe in Niedersachsen befinden sich durch die Corona-Krise in einer überaus schwierigen Lage und brauchen eine klare Perspektive und Unterstützung, insbesondere auch bei der Schaffung und Erhaltung von Ausbildungsplätzen!

Unterwegs

Wieder Kutschfahrten in Schneverdingen



Ein Frühling mit viel Arbeit, aber ohne Gäste und Schüler - das ist, stark zusammengefasst, die aktuelle Situation bei Steffen Meyer und seiner Familie. Zwar dürfen die Kutschen seit kurzem (mit Einschränkungen) wieder los, aber auch der Betrieb der "Kutschen-Fahrschule" war lange untersagt. Ebenso das Schulungszentrum, wo in "normalen Zeiten" Kurse für Pferde-Physiotherapie stattfinden. Die Tiere müssen aber weiter versorgt und bewegt werden. Wer Familie Meyer kennt, der weiß, dass sie sich von solchen Dingen nicht unterkriegen lässt. "Nützt ja nichts." Eine Kutschfahrt durch unsere schöne Heidelandschaft ist auch in kleinen Gruppen und mit der engsten Familie immer ein tolles Erlebnis! Klare Empfehlung meinerseits! Familie Meyer freut sich auf alle Gäste!

Verleihung des Kita-Preises

Per digitalem Livestream wurde Mitte Juni der Deutsche Kita-Preis verliehen. Ich habe die Preisverleihung in der Stadthalle Walsrode gebannt verfolgt. Das PERLE-Netzwerk wurde Anfang des Jahres für den Preis nominiert und schaffte es unter die 10 Finalisten in der Kategorie "Lokales Bündnis für frühe Bildung des Jahres". Bei über 1500 Bewerbern aus ganz Deutschland ist das eine großartige Leistung. Auch wenn es nicht für ganz, ganz vorne reichte, zählt PERLE definitiv zu den Gewinnern und darf sich über 1000€ als Anerkennung für ihre hervorragende Arbeit freuen!

